



Bundesministerin für Frauen,  
Familie, Jugend und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie,  
Jugend und Integration

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.280.335

Wien, am 14. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. April 2021 unter der Nr. **6332/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „dem EU-Vorhaben in den Bereichen Familie und Jugend“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

1. *Aus welchen Gründen wird der von Österreich europaweit einheitlichen Indexierung von Familienleistungen nicht entsprochen?*

Österreich hat im Rahmen der Verhandlungen zur Änderung der Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit angestrebt, dass eine Indexierung der Familienleistungen aufgenommen wird. Diese Forderung wird von der Kommission und der Mehrheit der Mitgliedstaaten jedoch abgelehnt.

**Zu Frage 2:**

2. *Welcher Linie folgt Österreich, um gerechte Familienleistungen zu gewährleisten?*

Mit Bundesgesetz vom 4. Dezember 2018, BGBl. I Nr. 83/2018, wurde ab 1. Jänner 2019 eine Indexierung der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages eingeführt, wonach für Kinder, die sich ständig in der EU/im EWR/in der Schweiz aufhalten, an die Lebenshaltungskosten des Wohnlandes angepasste Beträge gewährt werden.

**Zu den Fragen 3 bis 14:**

3. *Gibt es auf europäischer Ebene noch weitere Möglichkeiten zur Schaffung einer einheitlichen Indexierung von Familienleistungen?*
4. *Wenn ja, welche sind das?*
5. *Wenn nein, warum gibt es keine?*
6. *Gibt es in Österreich derzeit Bestrebungen, die Leistungen bei Arbeitslosigkeit im Sinne dieser Richtlinie zu reformieren?*
7. *Wenn ja, welche sind das?*
8. *Wenn nein, welchen Weg schlägt Österreich dann ein?*
9. *Gibt es in Österreich derzeit Bestrebungen, die Pflegeleistungen im Sinne dieser Richtlinie zu reformieren?*
10. *Wenn ja, welche sind das?*
11. *Wenn nein, welchen Weg schlägt Österreich dann ein?*
12. *Gibt es in Österreich derzeit Bestrebungen, den Anspruch von wirtschaftlich nicht aktiven Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern auf bestimmte Sozialleistungen im Sinne dieser Richtlinie zu reformieren?*
13. *Wenn ja, welche sind das?*
14. *Wenn nein, welchen Weg schlägt Österreich dann ein?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 41/2021 nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

MMag. Dr. Susanne Raab



